

Die Kirche darf kein politischer Spielball sein

Im Gespräch mit János Szemerei, Leitender Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Ungarn



Foto: Marton Magyar

János Szemerei wurde nach seinem Studium an der Evangelisch-Theologischen Akademie in Budapest 1987 ordiniert und diente in verschiedenen Gemeinden. Zwischen 1994 und 2003 verantwortete er die Ausbildung für evangelische Religionspädagogen in Kaposvár, im Jahr 2000 wurde er Dekan der evangelischen Diözese Somogy-Zala. Seit 2011 ist er Bischof des Westlichen Kirchendistrikts und wurde 2024 zum Leitenden Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Ungarn gewählt. Das Interview führten Beáta Kézdi und Maaja Pauska.

Wie gestalten sich die Kontakte mit der neuen Regierung?

Unser Bischofsrat hat nach der Wahl ein Glückwunsch- und Segensschreiben an den Vorsitzenden der Tisza-Partei geschickt. Ich persönlich habe Zoltán Tarr gratuliert, der für das Ministerium für gesellschaftliche Beziehungen und Kultur berufen wurde und den ich von früher kenne. Am 18. Juni 2026 fand das erste Treffen zwischen der Regierung und den Spitzenvertretern der historischen Kirchen statt. Neben Minister Tarr nahm daran auch die neue Bildungsministerin Judit Lannert teil. Auf die für uns besonders dringende Frage, wie es mit dem Religionsunterricht an staatlichen Schulen weitergehen wird, erhielten wir die beruhigende Antwort, dass sich am

System nichts ändern wird. Minister Tarr bekräftigte zudem, dass man bei den Beziehungen zu den Kirchen auf Verlässlichkeit und Ausgewogenheit achten werde und diese Konsultationen regelmäßig stattfinden sollen.

Welche Schlüsse haben Sie aus der Zusammenarbeit mit der vorherigen Regierung gezogen und was muss überdacht werden?

Die Situation der Kirchen gleicht seit der Wende einer Achterbahnfahrt zwischen unterstützenden und distanzierenden Regierungen. Unter der Fidesz-Regierung war die Praxis unterstützend, die direkte Kommunikation stockte jedoch manchmal. Die Geschichte lehrt uns, dass eine unterstützende Haltung für die Glaub-

würdigkeit und den Auftrag der Kirche nicht unbedingt am förderlichsten ist. Die wichtigste Aufgabe der Kirche ist nicht, ihre äußere Infrastruktur aufzuhübschen. Unsere eigentliche Botschaft wurde in der jüngsten Vergangenheit oft dadurch überschattet, dass man uns mit der Macht in einen Topf geworfen hat. Als Lutheraner haben wir versucht, unsere innere Freiheit für einen glaubwürdigen Dienst zu bewahren.

Wie sieht das ideale Verhältnis zwischen Staat und Kirche aus lutherischer Sicht aus?

Es ist geprägt von einer klaren Rollenverteilung. Luther legte in der Zwei-Reiche-Lehre dar, dass alle Obrigkeit von Gott ist, um einen gesellschaftlichen Rahmen zu schaffen. Das bedeutet nicht, dass jede Macht nach Gottes Willen handelt. Staat und Kirche haben unterschiedliche Aufgaben, aber es gibt Schnittmengen wie Bildung, Erziehung, Soziales und Kultur, wo wir gemeinsam für das Wohl der Gesellschaft arbeiten. Wir hoffen, dass diese Rollenverteilung wieder klarer wird, denn seit der Wende ist die Kirche oft zum politischen Spielball geworden. Ich blicke mit Gelassenheit in die Zukunft, weil wir uns in Gottes Hand wissen. Er kann auch schwierige Situationen und Krisen zu unserem Besten nutzen.

Nach dem intensiven Wahlkampf sind viele Gläubige – aber auch Pfarrer – verzweifelt, andere euphorisch. Was sagen Sie ihnen?

Vor allem können wir dankbar dafür sein, dass wir unter demokratischen Bedingungen leben, auch wenn das eigene politische Lager in der Minderheit ist. Im Wahlkampf wurde der Ton leider sehr grob und aggressiv. Innerhalb unserer Pfarrerschaft und in den Gemeinden gab es glücklicherweise keine scharfen Auseinandersetzungen, wofür ich sehr dankbar bin.

Pfarrer tragen unabhängig von ihren persönlichen Ansichten eine große Verantwortung. In einer gespaltenen Gesellschaft ist es nicht unsere Aufgabe, in den Gemeinden entlang unserer politischen Überzeugungen zu sprechen. Wir haben keinen politischen Auftrag, sondern einen geistlichen. Das Großartigste an

der Gemeinde ist, dass Menschen mit gegensätzlichen politischen Ansichten als Geschwister in Christus nebeneinander sitzen, gemeinsam singen und am Abendmahlstisch niederknien können. Uns verbinden nicht politische Gesichtspunkte, sondern die Barmherzigkeit und Liebe Jesu Christi. Der Sieg von Jesus Christus öffnet uns neue Perspektiven. Unabhängig von politischen Ansichten können und müssen wir hier befreit und in Liebe zusammenarbeiten.

Wie kann die Kirche im Alltag als Brückenbauerin in einer so tief gespaltenen Gesellschaft wirken?

Die Evangelisch-Lutherische Kirche gilt in Ungarn mit einem Anteil von etwa 2,5–3 % der Bevölkerung als kleine Konfession, spielt jedoch eine sehr wichtige Rolle. Zum Beispiel in der ungarischen Ökumene: Selbst zwischen den beiden größeren Konfessionen, der römisch-katholischen und der reformierten Kirche, übernehmen wir sehr oft die Rolle des Vermittlers, da diese theologisch und traditionell weiter voneinander entfernt sind.

In der Gesellschaft vertreten wir nachdrücklich die Ansicht, dass politisches Engagement kein Grund zur Spaltung zwischen der Kirche und ihren Mitgliedern sein darf. Wenn in unseren Gemeinden Menschen unterschiedlicher Ansichten als Brüder und Schwestern zusammenleben und miteinander agieren, sendet dies auch eine sehr wichtige Botschaft an die breitere Gesellschaft. Übrigens hat auch Minister Zoltán Tarr an die Leiter der Kirchen die konkrete Bitte gerichtet, aktiv bei der Schaffung des gesellschaftlichen Friedens mitzuwirken.

Wie hat sich die Kirche in den letzten Jahren mit Blick auf Mitgliederzahlen und Finanzen entwickelt? Inwieweit wäre sie heute in der Lage, ihren Auftrag ohne staatliche Unterstützung zu erfüllen?

Hier sehen wir gegensätzliche Trends. In den Volkszählungsdaten ist leider seit langem ein Rückgang der Mitgliederzahlen zu beobachten. Gleichzeitig verzeichnen wir bei der finanziellen Verantwortung der Gemeinden von Jahr zu Jahr einen Anstieg, und immer mehr Menschen

entscheiden sich dafür, ein Prozent ihrer Einkommensteuer zugunsten unserer Kirche zu spenden. Das persönliche Engagement unter den aktiven Gemeindemitgliedern nimmt also zu.

Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche ist in Ungarn aus historischen Gründen für Außenstehende schwer nachvollziehbar. Ende der 1940er-Jahre wurde das gesamte produktive Vermögen der Kirchen enteignet und nach der Wende weder zurückgegeben noch voll entschädigt. Somit steht der Staat bis heute in einer historischen Schuld gegenüber den Kirchen. Aus diesem Grund ist die Instandhaltung unserer Infrastruktur ohne staatliche Hilfe nicht möglich. Ohne Zuschüsse für größere Renovierungsarbeiten kommen wir derzeit nicht aus. Der Grundbetrieb der Gemeinden wird jedoch auch heute durch Kirchenbeiträge und Spenden gesichert, auch die Gehälter unserer Pfarrer bezahlen wir fast vollständig daraus. Wir sprechen auf unserer Synode oft davon, dass unser Ziel eine sich selbst tragende, unabhängige Finanzierung ist, aber davon sind wir ehrlicherweise noch weit entfernt. Erschwerend kommt hinzu, dass seit der Wende keine Regierung bereit war, die vollständige finanzielle Unabhängigkeit der Kirchen strukturell zu ermöglichen.

Was ist Ihre größte Hoffnung für die ungarische lutherische Kirche in dieser neuen gesellschaftlichen Ära?

Die Standhaftigkeit, die unsere Vorfahren in den schwersten Zeiten bewiesen haben, ist bis heute das geistige Fundament unserer Gemeinden. In der jüngeren Vergangenheit hatten wir eine kirchenfreundliche Regierung, von der wir weitaus größere Unterstützung erhielten als in früheren Zeiten. Allerdings hat diese umfangreiche Hilfe auch negative Tendenzen begünstigt: Es ist nicht richtig, wenn wir bei der Entwicklung unserer Gemeinden die Lösung nur von außen erwarten, anstatt selbst größere Opfer zu bringen. Wenn eine Gemeinschaft gezwungen ist, aus eigener Kraft Opfer zu bringen, stärkt dies die Verbundenheit der Mitglieder untereinander. Unabhängig von der künftigen Regierungspolitik ist es unser Bestreben, das eigene Engagement für unseren Glauben zu stärken.